Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. April 2000 | 111. Jahrgang Nr. 31.247

Arbeitsreform verabschiedet

Erfolg für die Regierung de la Rúa / Friedliche Moyano-Demonstranten

Nach einer achtstündigen Debatte hat der Senat mit einer zwei Drittel Mehrheit dem Gesetz zur Arbeitsreform zugestimmt. Damit ist am Mittwoch das bislang ambitionierteste Projekt der Allianz-Regierung von Präsident Fernando de la Rúa seit seinem Amtsantritt im vergangenen Dezember unter Dach und Fach gebracht worden. Entgültig verabschiedet werden soll das Gesetz nun am kommenden Donnerstag in der Abgeordneten-kammer.

Nach dem gefundenen Konsens vom Mittwoch wird die Probezeit nun sechs Monate für die PyMEs (kleinere und mittlere Unternehmen) und drei für die großen Unternehmen betragen.

Diese müssen Beiträge zur Sozialversicherung leisten. In beiden Fällen können die Fristen aufs Doppelte verlängert werden. Die weitere Gültigkeit der Tarifverträge, die noch von 1975 datieren, entfällt.

Arbeitgeber können fortan bei Neueinstellungen von Arbeitnehmern im Rahmen nicht-befristeter Verträge mit einer Abgabensenkung zur Sozialversicherung um 30 Prozent rechnen, im Gegensatz hierzu dürfen sie die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer während zwei Jahren nicht senken. Weiter wird es Subventionen für solche Arbeitgeber geben, die arbeitslose Über-45-Jährige einstellen. Auch wird ein Überwachungssystem eingeführt, um die Umsetzung der gültigen Arbeits- und Sicherheitsnormen zu überprüfen sowie auf nationaler Ebene eine zentrale Konfliktlösungsstelle.

Die Regierung feierte die Verabschiedung des Prestigeprojektes mit Euphorie. De la Rúa telefonierte mehrmals mit Arbeitsminister Alberto Flamarique, der sein Büro am Mittwoch im Senat eingerichtet hatte. Aber auch die Peronisten waren zufrieden, hatten sie doch mehrere ihrer Forderungen in den Konsenstext einbringen können.

Umstritten war bis zuletzt die - letztlich durchgebrachte - Hauptforderung der oppositionellen PJ-Mehrheitsfraktion, dass eine Senkung der Tarifeinkommen verhindert werde. Die PJ darf sich auch den Teilsieg auf die Fahnen schreiben, dass die landesweit operierenden Gewerkschaften weiterhin ihre Dominanz in den Kollektivverhandlungen behalten werden.

Fast ebenso wichtig wie die Verabschiedung war jedoch für die Regierung der Umstand, dass sie mittels Konsens auch als Minderheit im Senat regieren kann.

Zeitgleich zur Verabschiedung den Arbeitsreform veranstaltete der Dissidenten-Zweig des Gewerkschaftsdachverbandes CGT unter Führung von Fernfahrer-Chef Hugo Moyano vor dem Kongress eine Massendemonstration, an der etwa 20.000 friedliche Demonstranten teilnahmen. Auf die Verabschiedung der Reform reagierte Moyano mit der Ankündigung eines landesweiten Generalstreiks.

Die starken Sicherheitsmaßnahmen der Polizei fanden ihr Gegenstück in vielleicht noch umfassenderen Maßnahmen der Ordnertruppe Moyanos. Der Innenminister hatte vorher strikte Anweisungen gegeben, kleinere Zwischenfälle zu negieren.

Viel Lärm um Al Kassar

„Waffenzar“ sagt vor Gericht aus / Luxus-Wohnung nicht verkauft

Der umstrittene syrische „Waffenzar“ Monzer Al Kassar ist zu Beginn der Woche überraschend und unter großer Anteilnahme der Regenbogenpresse auf dem Internationalen Flughafen in Ezeiza gelandet. Damit kam Al Kassar einer Drohung des Bundesrichters Jorge Ballesteros zuvor, der angekündigt hatte, eine Wohnung Al Kassars zu verkaufen, wenn dieser sich weiter einer juristischen Einvernahme im Zusammenhang mit der durch eine mutmassliche Falschaussage erworbenen argentinischen Staatsbürgerschaft verweigere. Das an der Avenida Libertador gelegene Luxus-Department hatte der Freund von Ex-Präsident Carlos Menem als Kaution für seine Ausreise hinter-lassen.

Der im spanischen Marbella in einem Palast lebende Syrier sagte am Dienstag vor Ballesteros aus, er habe seine argentinischen Papiere auf Anweisung Menems erhalten. Journalisten gegenüber begründete er dies damit, dass Menem „ein Landsmann“ von ihm sei. Im übrigen sehe er die Ex-Präsidialsekretärin Amira Yoma „jeden Tag“, erklärte Al Kassar. Sie habe in Marbella mit ihrem Mann das Restaurant „Buenos Aires“.

Amira Yoma war vor rund zehn Jahren tätig, als der Syrier am 18. Januar 1990 einen Antrag stellte und am 7. Februar 1990 DNI und Cédula de Identidad ausgestellt bekam. Zwei Jahre später erhielt Al Kassar in einem Blitzverfahren die argentinische Staatsbürgerschaft und damit einen argentinischen Pass. Bis heute wurden lediglich die rangniedrigsten Beteiligten von der Justiz des Amtsmissbrauchs für schuldig befunden.

Al Kassar (links) beim Verlassen des Gerichtsgebäudes am Dienstag in Buenos Aires.

(AP-Funkbild)

Botschafter im Zwielicht

Neuer Skandal in der argentinischen Diplomatie / Ausgabenfreudiger Pesci Bourel in Deutschland

Eine Anzeige wegen „schlechter Behandlung des Botschaftspersonals“, übermäßige Ausgaben bei Vergnügungsreisen, „Vernachlässigung seiner Mission“ und 100 Tage Sonderurlaub in zwei Jahren scheinen nur die Spitze eines Eisberges im jüngsten Skandal im Auswärtigen Dienst Argentiniens, in dessen Mittelpunkt der argentinische Botschafter in Deutschland, Andrés Guillermo Pesci Bourel, steht.

Eine amtsinterne, vom Aussenministerium in Auftrag gegebene Prüfung, deren Ergebnisse zu Wochenbeginn selbst bei den im Umgang mit diplomatischen Fehltritten (man denke nur an die offenen Rechnungen argentinischer Botschaften in Bolivien, Frankreich und mehreren Ländern Afrika zu Ende der Ära von Ex-Präsident Carlos Menem) geübten Mitarbeitern des Palacio San Martín für Aufsehen sorgten, hat eine Reihe schwerwiegender Verstöße des engen Freundes von PJ-Senator Eduardo Menem aufgedeckt.

An erster Stelle steht der freilich schwammige Vorwurf, Pesci Bourel habe „ein untragbares Arbeitsklima für die Angestellten der Botschaft“ geschaffen, das nach Angaben des Botschaftspersonals offenbar auch Drohungen und „Verfolgungen“ einschließt. Hinzu kommen laut Prüfungsbericht - und diplomatisch durchaus von weitreichenderer Natur - die „permanente Vernachlässigung seiner Amtsgeschäfte und die kurzfristige Absage offizieller Verpflichtungen“, sowohl in Bezug auf Treffen mit deutschen Regierungsvertretern als auch Unternehmern. Der Bericht der Prüfer beinhaltet die Fotokopie einer Protestnote des deutschen Außenministeriums vom 12. Januar, in der dem argentinischen Botschafter die „Entrüstung des Ministeriums“ mitgeteilt wird, dass Pesci Bourel auf die offiziellen Schreiben der deutschen Regierung vom August 1999 noch nicht geantwortet habe. Die Berichterstatter aus dem Palacio San Martín taten ein weiteres und fotokopierten die Agenda der Sekretärin von Pesci Bourel, „in der eine Reihe von Streichungen offizieller Verpflichtungen nicht zu übersehen“ sei. Offenbar wurden die Termine durch „nicht-offizielle Verabredungen“ ersetzt.

Der Bericht spricht auch davon, dass Pesci Bourel offenbar Vergnügungsreisen (in der Regel mit Begleiterin) aus Staatsmitteln finanzierte, darunter ein zweitägiger Besuch der Frankfurter Buchmesse 1998, der mit knapp 4.000 Dollar zu Buche steht, oder ein Wochenende im Mai 1999 in Baden-Baden. 1.700 Dollar stellte der Botschafter demnach für privaten Hotel- und Opernbesuch dem Aussenministerium in Rechnung. Die Prüfer merken weiter an, dass Pesci Bourel häufig „Sonderurlaub“ nehme. Die Untersuchung war vor zwei Monaten nach einer Verwaltungsanzeige durch die ehemalige Angestellte der Bonner Botschaft, Liliana de Miguel, eingeleitet worden. Publik aber wurde der Fall erst, als de Miguel sich gezwungen sah, Anzeige bei den deutschen Behörden zu erstatten, weil ihr die argentinische Botschaft „ohne Begründung“ notwendige Papiere nicht aushändigte, die ihren Wohnsitz in Deutschland bestätigen. Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini will den Skandal nun „innerbetrieblich“ regeln. Ziel ist, den ausgabenfreudigen Pesci Bourel abzumahnen, ohne dabei den Zorn des politischen Schwergewichts der Opposition, Eduardo Menem, auf sich zu ziehen.

SERVICIOS DIGITALES
www.multimedia.com.ar
Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

Gemeinsam gegen Ruckauf

Präsident de la Rúa unterstützt Kritik der Allianz-Bürgermeister

Staatspräsident Fernando de la Rúa hat die Kritik der bonaerenser Allianz-Bürgermeister gegen Carlos Ruckauf unterstützt und dem Gouverneur von Buenos Aires vorgeworfen, „die Gemeinden ihrem Schicksal überlassen“. „Wir müssen die Bürger darauf hinweisen, dass Ruckauf anscheinend mehr an die Wahlen im Jahre 2003 denkt, als an das Regieren in der Provinz“, sagte de la Rúa am Montag während eines gemeinsamen Asados, zu dem der Präsident die Bürgermeister eingeladen hatte.

Damit distanzierte sich de la Rúa erstmals öffentlich von Ruckauf, dem PJ-Politiker, der bisher einer seiner wichtigsten Verbündeten war - wenn auch hinter verschlossenen Türen. Zugleich gab der Präsident dem bonaerenser UCR-Chef Leopoldo Moreau „grünes Licht“, weitere Vorwürfe gegen den Gouverneur zu lancieren, zeigte sich jedoch bedacht, Moreaus Position gegenüber seinen zwei bonaerenser Ministern Federico Storani und Graciela Fernández Meijide nicht zu stark werden zu lassen. Moreau warf Ruckauf vor, dass die Verteilung der Mittel aus der Steuerbeteiligung in der Provinz mit dem „Tropfenzähler“ geschehe. Auch lehne der Gouverneur eine Neufinanzierung der Gemeindeschulden (rund 450 Millionen Pesos) ab und vermindere damit die Zahl der öffentlichen Bauten. Die Vorwürfe gipfelten darin, dass trotz der Einführung der „mano dura“ eine „Zunahme der Unsicherheit“ auf den Strassen zu verzeichnen sei. Ruckaufs Frau María Zapatero beschuldigte er, die Sozialhilfe auf sich „zentralisiert“ zu haben.

Neben der blossen Demonstration der Stärke der Allianz in der Provinz Buenos Aires, in der sie 66 Bürgermeister, die PJ hingegen nur 58 stellt, kann de la Rúas Schwenk weg von Ruckauf daher durchaus bereits als Kurswechsel im Hinblick auf die Legislativwahlen im kommenden Jahr interpretiert werden.

Zugleich wiesen die UCR-Bürgermeister von Junín, Abel Miguel, Mar del Plata, Elio Aprile, und Bahía Blanca, Jaime Linares, jedoch darauf hin, dass sich ihre Gemeinden vom Gouverneur nicht „diskriminiert“ fühlten. „Die PJ-Bürgermeister leiden unter den gleichen Problemen wie wir“, versicherten sie.

Lear Jet-Problem für La Rioja

Die Behörden der USA haben einem der Provinz La Rioja gehörenden Flugzeug den Start und damit das Verlassen nordamerikanischen Territoriums auf Grund des Fehlens der notwendigen Begleitpapiere untersagt. Die Maschine vom Typ Lear Jet 24 D mit dem Kennzeichen LV-LRC war von der Nationalregierung während der ersten Präsidentschaft von Ex-Präsident Carlos Menem im Jahre 1991 dessen Heimatprovinz geschenkt worden. Im vergangenen Februar hatte die Regierung La Riojas das Flugzeug zu einer technischen Generalüberholung in die USA geschickt, obwohl die Nationale Luftfahrtbehörde Argentiniens den Start auf Grund fehlender Wartungsdaten untersagt hatte.

Unterdessen erklärte die Herstellerfirma in Fort Lauderdale/Florida, dass das wirkliche Problem des Lear Jets, dessen Überholung die Provinz 250.000 Dollar kostet und dessen Wartung weitere 30.000 Dollar monatlich verschlingt, ein rechtliches sei. Für die Maschine gebe es demnach „keinerlei Unterlagen“ über die erforderlichen Inspektionen in den vergangenen 12 Jahren. Auch sei das Flugzeug bei den zuständigen Luftfahrtbehörden nicht ordnungsgemäss registriert und der Flug nach Florida demnach eine Verstoß gegen Luftfahrtbestimmungen.

WOCHENÜBERSICHT

Wahlsplitter I

Das Meinungsforschungs-Institut Ricardo Rouvier sagt den beiden Hauptrivalen um das Amt des Stadtregierungschefs bei den Wahlen am 7. Mai, Aníbal Ibarra und Domingo Cavallo, weiterhin keinen Sieg im ersten Wahlgang voraus. Eine vom 15. und 20. April durchgeführte Umfrage sieht Ibarra mit 43,5 Prozent jedoch weiter zehn Prozentpunkte vor Cavallo (33). Erringt keiner der insgesamt sechs Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, kommt es zu einer Stichwahl zwischen den beiden bestplazierten.

Wahlsplitter II

Nach Schätzungen lokaler Medien hat die Allianz im März für den Wahlkampf 2.350.000 Pesos ausgegeben, die Formelparner Domingo Cavallo und Gustavo Beliz rund 1.850.000. Daten der anderen Kandidaten liegen demnach nicht vor.

Deutsche Besucher I

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Deutschen Bundestag, Michael Glos, ist während eines Argentinien-Besuches in Buenos Aires von Kabinettschef Rodolfo Terragno empfangen worden. „Wir sehen in Deutschland im wirtschaftlich-technologischen Bereich einen sehr interessanten Partner und sind um weitere private Investoren bemüht“, sagte Terragno am Mittwoch. Beide Politiker betonten die „gewachsene Freundschaft“ beider Länder und das Interesse an einer Intensivierung der Beziehungen. Glos traf sich während seines Kurzbesuches unter der Woche mit Spitzen aus Politik und Wirtschaft.

Deutsche Besucher II

Vom Dienstag bis Freitag wird eine Delegation des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Argentinien besuchen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Politikern aus dem Aussen- und Landwirtschaftsministerium steht das Thema „landwirtschaftliche Produktion“. Die Delegation wird neben Ackerbau-, Vieh- und Pferdezuchtbetrieben auch den Viehmarkt von Liniers, einen Schlachthof sowie den Mercado Central besuchen. Mit dem Aufenthalt in Buenos Aires endet für die sechsköpfige Delegation eine Südamerikareise, die am Dienstag in Brasilien begonnen hatte und auch das Nachbarland Uruguay einschloss.

Mehr Senatorinnen

Die PJ-Senatorin Beatriz Raijer aus Córdoba hat ein Gesetzesprojekt eingereicht, mit dem die Frauenquote im Senat erhöht werden soll. Raijer will erreichen, dass in Zukunft 24 der 72 Senatorenstühle, also ein Drittel, von Frauen belegt werden. Im Senat, so verlautete, werden dem Projekt allerdings keine grossen Chancen eingeräumt.

Bustos Fierro freigesprochen

Dem umstrittenen Richter Ricardo Bustos Fierro, der seinerzeit zugunsten der neuerlichen Wiederwahl von Carlos Menem geurteilt hatte, ist jetzt von der Berufskammer der Richter bescheinigt worden, dass er sich nicht schuldig gemacht hat. Das Gremium lehnte am Mittwoch den Antrag des Richterrates auf Amtsenthebung ab.

17 Verkehrstote

In den vier Tagen des langen Wochenendes kamen auf Argentiniens Straßen bei Verkehrsunfällen 13 Menschen ums Leben. Bei dem folgenschwersten Unfall auf der Autobahn Buenos Aires - Rosario starben vier Personen, während 11 zum Teil schwer verletzt wurden. Am Mittwoch starben auf derselben Strecke bei einem Unfall vier Menschen.

UOM-Spaltung?

Der Gewerkschafter Naldo Brunelli hat mit einer Spaltung der Metallergewerkschaft UOM von Lorenzo Miguel gedroht, wenn dieser nicht die Dissidenten-CGT Hugo Moyanos verlässt.

Erdbeben in Santiago

Die Provinz Santiago del Estero ist am Ostersonntag von einem leichten Erdbeben heimgesucht worden. Das Beben, dessen Epizentrum rund 75 Kilometer im Südwesten der Provinzhauptstadt Santiago del Estero lag, erreichte die Stärke 5,5 Grad auf der nach oben offenen Richterskala, wie ein Sprecher des Staatlichen Erdbebeninstituts INPRES in San Juan erklärte. Menschen kamen bei dem Erdstoss, der noch in La Rioja und Catamarca wahrgenommen wurde, nicht zu Schaden.

Falsche Guerrilleros

Gegen den „comandante Chelo“ und zwei seiner getürkten Guerri-lleros ist am Dienstag in Concordia ein Verfahren wegen „Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ eröffnet worden. Die Beschuldigten, Arbeitslose, hatten der Öffentlichkeit die Existenz einer Guerrilla vorgetäuscht, die für die Armen kämpfe.

Demo im Chaco

Etwa 5.000 Provinzangestellte haben am Mittwoch in der Provinz Chaco gegen die Sparmaßnahmen von Gouverneur Angel Rozas protestiert. Die Demonstration vor dem Regierungsgebäude in der Hauptstadt Resistencia verlief zunächst friedlich. Erst als eine Gruppe von etwa 300 militanten Demonstranten Front gegen die Polizei machte, setzte diese Gummigeschosse und Tränengas ein. Dabei wurden 20 Personen verletzt.

IMMOBILIEN ZU VERKAUFEN
SE VENDE

SAN MARTIN 424, semipiso, 5 despachos, baños, cocina, 100 m2 U$S 100.000, 5327-2729, 4979-3606.

SE USA CADA VEZ QUE SE LAVA
SECARROPAS
KOH-I-NOOR
2.800 R.P.M. - TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
NUEVO

GUNTHER KRAUSS S.A.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!
Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. E. Echeverría 930 (1620) Florida
Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

Das Kuba-Votum de la Rúas

Als heftig umstritten, insbesondere innerhalb der regierenden Allianz, erwies sich die Entscheidung des Präsidenten Fernando de la Rúa, den Beschluss der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf in der Vorwoche mit Ja zu unterstützen, durch den die kubanische Diktatur Fidel Castros wegen ihrer Verletzung der Menschenrechte verurteilt wurde. Die Resolution wurde mit 21 Ja- und 18 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen. Castro reagierte wütend auf das argentinische Votum. Sein Botschafter in Buenos Aires musste Hals über Kopf heimreisen, obwohl er eine Woche später normal zurückgekehrt wäre.

Allerdings wurde das Votum mit der damit verbundenen Ablehnung der wirtschaftlichen Blockade Kubas durch die Vereinigten Staaten geschwächt, wie Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini darlegte. Das argentinische Votum wurde mit der chilenischen Regierung abgesprochen, die ebenfalls die Blockade kritisierte. Die europäischen Regierungen hatten auch ihre Stimme zugunsten der Verteidigung der Menschenrechte in Kuba abgegeben. Ihre Abneigung gegen die US-Blockade ist längst bekannt, insbesondere den vom republikanischen Senator Jesse Helms inspirierten Zusatz, durch den ausländische Firmen, die in Kuba investieren und dafür konfisziertes Eigentum von US-Unternehmen benützen, Repressalien erleiden. Das betrifft zumal europäischeInvestoren in Kuba, die dann in USA Schaden erleiden mögen.

Die Alternative zum Ja-Votum war die Stimmenthaltung, wie sie Brasilien seit Jahren in der gleichen Frage praktiziert. Die Alfonsín-Regierung (1983-1989) hatte sich stets der Stimme enthalten. Für diese Einstellung plädieren innerhalb der Allianz die Minister Terragno, Storani, Gallo, Gil Lavedra und Fernández Meijide, die dadurch die Mercosur-Solidarität untermauern wollen. Alfonsín zeigte sich zudem verärgert, weil er als Parteipräsident der radikalen UCR nicht vorher orientiert worden war, was Aussenminister Rodríguez Giavarani indessen aufklärte, als er mitteilte, dass Alfonsín nicht erreicht worden sei, wohl aber seine Assistenten, die ihm offenbar davon nicht Bericht erstattet hatten.

Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez, der sich zum Zeitpunkt des Votums in Grossbritannien aufhielt, erklärte nach seiner Rückkehr, dass er rückhaltslos hinter dem Präsidenten steht, der unterstützt werden müsse, unbeschadet der Tatsache, dass verschiedene Meinungen auch innerhalb der Regierung zulässig seien. Durch die Blume teilte Alvarez mit, dass er als Frepaso-Chef eigentlich für die Stimmenthaltung plädieren würde, aber als Vizepräsident die Entscheidung des Staatschefs achtet.

Dass in Kuba die Menschenrechte missachtet werden, kann niemand bestreiten, obwohl die Freunde Fidel Castros diesen Tatbestand gerne verbergen. Expräsident Menem, der sich als persönlicher Freund Castros vorstellt und mit dem kubanischen Diktator Geschenke austauschte, stimmte stets mit Ja beim gleichen Votum, allerdings unter dem Vorbehalt, dass er Castro unentwegt aufforderte, Wahlen abzuhalten, damit die Demokratie auch in Kuba einkehren möge, wie überall in Amerika. Kritiker Menems halten dieses Votum freilich für einen Kotau vor USA. Gleiches wird jetzt dem Präsidenten und zumal seinem Aussenminister Rodríguez Giavarini vorgehalten. Die Resolution in der Kommission war indessen nicht von USA, sondern von Polen und der Tschechei eingebracht worden, vormals Alliierte Castros im Waschauer Pakt.

Die Entscheidung des Präsidenten mit seinem Ja-Votum zeugt von politischem Mut, musste er doch wissen, dass sie sein Kabinett und die Allianz schlechthin spalten würde. In diesem politischen Spektrum rumort die USA immer noch als das echte Feindbild, so dass Castro gehütet und nicht durch solche Voten angegriffen werden sollte. De la Rúa hat sich auf diese deutlich überlebten Vorstellungen der Welt und der Stellung Argentiniens nicht eingelassen, sondern vorsichtigerweise die Rolle des Landes als eine freiheitliche Demokratie bekräftigt, die Verletzungen der Menschenrechte ablehnt, zumal auf dem amerikanischen Kontinent, wo seit den achtziger Jahren überall gewählt wird, die Marktwirtschaft die Staatsintervention sukzessive abbaut und die Menschenrechte geachtet werden.

Kuba unter Castro ist und bleibt der einzige Aussenseiter, der seine politischen Gegner einlocht, die Redefreiheit behindert und die Bürger nicht frei unter mehreren Kandidaten verschiedener politischer Parteien wählen lässt. Die alleinseligmachende kommunistische Partei lässt in Kuba unter Castro keine Konkurrenz zu. Menem hat diesen Sachverhalt seinerzeit richtig erkannt und de la Rúa macht im gleichen Sinn weiter.

Randglossen

Nach mehrmonatigem politischem Tauziehen zwischen der Regierung und der justizialistischen Opposition, einschliesslich der peronistischen gespaltenen Gewerkschaftsspitze, verabschiedete der Senat einhellig die umstrittene Reform des Arbeitsrechts mit einigen Neuerungen, die voraussichtlich von der Deputiertenkammer demnächst abgesegnet werden. Damit ist eine politische Diskussion vom Tisch, die die Öffentlichkeit lange genug in Atem gehalten hat und in der Vorwoche zu gewalttätigen Kundgebungen mit polizeilicher Repression geführt hatte. Der Kernpunkt der Arbeitsreform blieb erhalten. Die Probezeit neuangestellter Mitarbeiter steigt von einem auf drei Monate, die Tarifverträge dürfen auch von Unternehmen, Branchen oder Regionalvertretern vereinbart werden und deren Abmachungen haben grundsätzlich Oberhand über nationale Tarifverträge. Neueingestellte Mitarbeiter werden weniger Arbeitssteuern kosten, selbstverständlich zu Lasten des Schatz-amtes.

Diese politische Übung hat gezeigt, dass die jetzige justizialistische Opposition im Kongress ganz anders als weiland ihre Parteikollegen unter Alfonsín und die Allianz-Parlamentarier unter Menem agiert haben. Anstatt Verstecken zu spielen und die Sitzungen zu boyottieren, haben die PJ-Senatoren mitgearbeitet und in den Ausschüssen Kompromisse ausgehandelt, so dass die Vorlage im Plenum anstandslos verabschiedet werden konnte. Argentinien hat sich dergestalt als regierungsfähig vorgestellt, da Regierung und Opposition in einem heissen innenpolitischen Thema friedlich zusammengearbeitet haben, um ein machbares Regelwerk zustande zu bringen. Wie bei allen politischen Kompromissen ist niemand mit dem neuen Gesetz voll einverstanden, aber alle sehen darin gewisse Fortschritte, damit die Arbeit in Argentinien flexibler als bisher gestaltet werden kann und die Wirtschaft an Konkurrenzfähigkeit gewinnt. Was freilich noch zu beweisen sein wird.

Klage der USA vor WHO wegen Patentgesetz

Nach jahrelangem Tauziehen um die Patentrechte ausländischer Pharmabetriebe in Argentinien, scheinen die Gegner zu der selben Schlussfolgerung gelangt zu sein. Nach dem Beschluss der USA, den Schiedspruch der WHO anzurufen, zeigten sich auch die einheimischen Unternehmen befriedigt.

Auch sie scheinen der Ansicht zu sein, dass das Urteil der Welthandelsorganisation die hier geltenden Patengesetze gutheissen wird. Die multinationalen Pharmabetriebe, die hier in der Caeme vereint sind, sind überzeugt, dass die argentinischen Gesetze gegen das internationale Trips-Abkommen verstossen. Auch widerspreche das Gesetz über Zwangserteilung von Lizenzen dem Geist des Abkommens, demzufolge dieser Zwang nur Ausnahme in Notlagen, niemals jedoch Regel sein dürfe. Ausserdem sei das System korruptionsanfällig, da es dem Staat die Macht gebe, Lizenzgebühren festzulegen.

Die im Cilfa vereinten einheimischen Pharmabetriebe stehen hingegen auf dem Standpunkt, die internationale Rechtsprechung müsse die argentinische Gesetzgebung gutheissen, da sie allen Auflagen des Gatt genügt, weshalb seitens der WHO nichts zu befürchten sei. Der Cilfa-Vorsitzende Challú erklärte, die US-Regierung habe nach zehn Jahren Druck, Drohungen und unrechtmässiger Repressalien endlich den Weg zivilisierter Staaten beschritten.

Dennoch wird an dem Standpunkt der USA harte Kritik geübt. Die Einwände gegen Zwangslizenzen seien ungerechtfertigt und über die Frage der ausschließlichen Vertriebsrechte befänden sich die USA in einem Irrtum, der vor der WHO geklärt werden würde.

Die US-Trade Representative Bershevsky wird die Anzeige bei der WHO in Washington wenige Tage vor der Ankunft Präsident de la Rúas in den USA einbringen. Sie wird nicht nur gegen Argentinien, sondern auch gegen Brasilien und Indien erstattet.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Das kritische zweite Quartal

Nachdem mehrere Staatsstellen ihre Konten per Ende März abgeschlossen hatten, konnte das Schatzamt den Ausweis der Einnahmen, Ausgaben und Fehlbeträge des ersten Quartals mit einem Defizit von $ 1.994 Mio. abschliessen. Mit dem Internationalen Währungsfonds war ein Höchstbetrag von $ 2.150 Mio. vereinbart worden. Damit wurden 42,4% des zugelassenen Jahresdefizits von $ 4,7 Mrd. verschlungen.

Nicht verbraucht im ersten Quartal wurden somit $ 155 Mio., die als Übertrag den vereinbarten Fehlbetrag von $ 539 Mio. im zweiten Quartal auf maximal $ 694 Mio. anheben, was im Monatsdurchschnitt $ 231 Mio. gegen $ 664 Mio. im ersten Quartal ausmacht, also nahezu ein Drittel.

Die Einhaltung der Defizitobergrenze im ersten Quartal hat freilich einige buchhalterische Tricks erfordert, auf die der Wirtschaftler José Luis Espert („Ambito Financiero“ vom 25. April) hinwies. So wurde die Zinsdifferenz verschuldeter Provinzen von $ 226 Mio. als Einnahme des Schatzamtes verbucht, weil die Provinzen höhere Zinssätze bezahlen als der Treuhandsfonds im Ausland, der die Umschuldungen der Provinzen finanziert. Es handelt sich eindeutig um einen Kapitalgewinn, der nicht als laufende Einnahme zu verbuchen ist. Desgleichen hat die Banco de la Nación $ 30 Mio. als angeblichen Gewinn an das Schatzamt abgetreten, welcher Betrag eigentlich als Abschreibung notleidender Aussenstände hätte verbucht werden müssen.

Dass unbeschadet dieser Tricks ein geringeres Defizit ausgewiesen werden konnte, als mit dem IWF vereinbart worden war, beruht auf fühlbaren Ausgabensenkungen, nachdem die Steuereinnahmen im ersten Quartal gesamthaft hinter den geplanten Zahlen herhinkten.

Die geringeren Ausgaben sind entschieden zu begrüssen. Sie gehen zurück auf weniger Gehälter für Beamten und Honorare für Vertragspersonal kraft Entlassungen und Ablauf der Verträge, geringere Subventionen sowie Transfers, obwohl die Gehälter von über 3.000 im zweiten Halbjahr 1999 neu eingestellte Beamten bezahlt werden mussten, ebenso das halbe dreizehnte Monatsgehalt, das gesetzlich auf Dezember fällt, aber erst im Januar ausbezahlt wird.

Für das kritische zweite Quartal erwartet die Wirtschaftsführung höhere Steuereinnahmen als Folge der Steuerreform vom Dezember 1999, die im April 2000 voll eingesetzt hat, lies vor allem die höhere Progression der Gewinnsteuer für Personen sowie die Einbehaltung dieser Steuer auf Gehälter über $ 1.500 im Monat, ferner höhere Sätze bei gewissen Konsumsteuern („impuestos internos“) und die Sozialabgaben der Arbeitgeber und -nehmer auf Gehälter zwischen $ 4.700 und $ 6.000 im Monat, die vorher steuerfrei waren. Das Steuermoratorium soll ab Ende Mai bereits mehr Einnahmen herbeiführen, erwartungsgemäss zwischen $ 450 und $ 500 Mio. im ganzen Jahr 2000.

Die Ausgabensenkungen des ersten Quartals wirken sich im zweiten voll aus, in dem kein halbes Monatsgehalt anfällt, das erst im Juli ausbezahlt werden wird, obwohl es gesetzlich vor Ende Juni vorgeschrieben ist. Transfers an die Krankenkasse der Rentner (PAMI) werden im zweiten Quartal gekürzt, ebenso wie die Etatposten der Staatsverwaltung schlechthin, denen weniger Geld zugewiesen werden wird.

Sofern die Einnahmen aus Steuern, Zöllen, Gebühren und Sozialabgaben halten, was sie amtlich versprechen, und die Ausgaben auf Sparflamme gesetzt werden, kann das kritische zweite Quartal der Staatsfinanzen überbrückt werden. Im dritten und vierten Quartal sind höhere Defizite ($ 746 Mio. bzw. $ 1.272 Mio.) zugelassen, so dass im Monatsdurchschnitt rote Zahlen bis $ 248 Mio. bzw. $ 424 Mio. geschrieben werden dürfen, wenn die Fiskalauflagen mit dem IWF eingehalten werden sollen, ohne formell um einen Dispens zu bitten.

Die schmale Spur des zweiten Quartals lastet auf den Erwartungen der Wirtschaft und hält die Zinsen hoch, schwankt doch die Länderrisikoprämie nach wie vor bei 500 Basispunkten (5%) über US-Treasuries. Deshalb bemüht sich die Wirtschaftsführung neuerdings, mit positiven Nachrichten die Öffentlichkeit zu beeindrucken. Die Industrieproduktion wurde mit einem korrigierten Wachstum von 4,1% im März gegen vorher 3,8% und im ersten Quartal um 3,2% angegeben. Neue Privatinvestitionen wurden für dieses Jahr mit $ 10 Mrd. vorweggenommen, die sich sehen lassen und gelegentlich auf die Produktion, das BIP-Wachstum und die Erwartungen in der Gesellschaft abfärben dürften, die nach wie vor pessimistisch sind, weil der Konsum sich schwach verhält und die Preisdeflation die Umsätze schmälert.

Ein neuer Tausch von Staatsbonds

Das Finanzsekretariat, geleitet von Daniel Marx, hat einer Gruppe von 13 internationalen Banken den Auftrag gegegben, das zweite Tauschgeschäft mit bestehenden Staatsbonds gegen neue vorzubereiten, das binnen drei Monaten durchgeführt werden soll. Es handelt sich konkret um den Tausch von Brady Bonds, Konsolidierungsbonds (BOCON) u.a. Bonds mit Verfall in 2 bis 3 Jahren, gegen Global Bonds mit 5 Jahren Laufzeit und auch mit bis zu 30 Jahren.

Durch diesen Tausch, bei dem die bestehenden Titel zum Marktwert gekauft werden, der unter dem Nennwert liegt, erzielt die Regierung buchmässig eine Ersparnis, die in der Differenz zwischen beiden Werten besteht. Auch werden dabei die Amortisationsbeträge für die nächsten Jahre verringert. Ebenfalls werden beim Rückkauf von Brady Bonds, die 1992 ausgegeben worden sind, die Garantiebeträge zurück erhalten, die US$ 31 bis US$ 35 je US$ 100 Nennwert betragen. Auch das trägt zum Gewinn bei. Aber an Zinsen kostet dies die Regierung mehr, da sonst kein Interesse am Tausch besteht. Der unmittelbare Gewinn wird im Budget als Einnahme gebucht, trägt also zur Einhaltung der Defizitgrenze bei.

Ebenfalls verstärkt die Regierung damit die Tendenz zur Vereinheitlichung der Staatspapiere. Das Konzept, dass es bei einer breitgefächerten Palette von Titeln mehr Interessenten geben würde, hat sich als falsch erwiesen. Bei einem Land wie Argentinien, das in der internationalen Finanzwelt unter „ferner liefen“ eingestuft wird, führt dies nur zur Verwirrung und auch dazu, dass der Markt für die einzelnen Papiere geringer ist und sie somit grösseren Schwankungen ausgesetzt sind. All das entmutigt potentielle Investoren vom Kauf der Papiere. Das neue Konzept, die Staatspapiere auf Schatzscheine (BONTES) und die Global-Serien zu konzentrieren, passt sich mehr an die Marktgegebenheiten an. Wenn dabei das gehandelte Volumen zunimmt, dann steigt auch das Interesse für argentinische Staatspapiere, so dass auch mit höheren Kursen gerechnet werden kann. Visuell würde eine Kursbesserung bei den neuen Global-Bonds dazu führen, dass sie über Pari gehandelt werden, was einen besseren Eindruck macht, als die Notierung unter dem Nennwert.

Im Februar wurde das erste Tauschgeschäft dieser Art durchgeführt, bei dem Staatstitel für US$ 3 Mrd. Nennwert umgetauscht wurden, was einen Kassengewinn von US$ 670 Mio. herbeiführte. Damals wurde für das ganze Jahr mit einem Kursgewinn von etwa einer Milliarde Dollar gerechnet, so dass dieser zweite Umtausch geringer sein müsste. Ausserdem führte der erste Tausch dazu, dass die Zahlungen zur Amortisation der Staatsschuld bis zum Jahr 2002 um US$ 2,16 Mrd. sinken. Der Zinssatz betrug damals 11,75% für den BONTE 2003 und 12,125% für den BONTE 2005. Das sind hohe Zinsen, zu denen sich Argentinien jetzt für eine längere Periode verpflichtet. Wenn man davon ausgeht, dass die Prämie für das „argentinische Risiko“ inzwischen gesunken ist und voraussichtlich weiter sinken sollte, erscheint diese Verpflichtung, höhere Zinsen für eine längere Frist zu zahlen, als eine falsche Entscheidung. Andererseits verhilft jedoch die unmittelbare Verringerung der Last der Amortisationszahlungen auch zu einer besseren Benotung Argentiniens.

Als Neuheit wurde bestimmt, dass sowohl die Information über dieses Tauschgeschäft, wie auch der Austausch selber, nur über Internet erfolgen, womit Argentinien das erste Land der Welt ist, das dieses Mittel für die Unterbringung von Staatspapieren einsetzt.

Der Vorteil des Internet besteht darin, dass die Information für die Regierung unmittelbar zugänglich ist, und auch, dass dieses Geschäft mehr potentiellen Interessenten bekannt wird. Internet sorgt für mehr Transparenz und verringert

die Kosten, die bei einem Geschäft dieser Art entstehen. Julio Dreizzen, Unterstaatssekretär für Finanzierungen, meint auch, dass ihm dieses Vorgehen die Road-show, also die persönliche Präsenz bei den möglichen Anlegern, ersparen werde. Ohnehin verlieren die persönlichen Besuche, wenn sie zu häufig werden, an Wirksamkeit.

Der Konjunkturfonds

Im Vorjahr verabschiedete der Kongress das Gesetz Nr. 25.152, das die Regierung verpflichtet, das Budgetdefizit bis 2003 völlig abzubauen. Gemeint ist das Kassendefizit, ohne Ausgaben von Bonds zur Abgeltung allerlei Forderungen gegen den Staat und ohne Gliedstaaten sowie Gemeinden. Das Gesetz gibt, gleichsam wie im Vertrag von Maastricht für die Bildung Eurolandes im Jahr 1999, Prozente des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als zulässiges Defizits jedes Jahres bis 2003 an.

Ausserdem hat dieses Gesetz über die Solvenz des Staates einen Konjunkturfonds geschaffen, genannt antizyklischer Fiskalfonds („Fondo Anticíclico Fiscal“), der bei aufstrebender Konjunktur gebildet werden soll, damit in Rezessionszeiten die Konjunkturschwäche mit den dergestalt akkumulierten Mitteln gemildert werden kann.

Bald ein Jahr nach der Verabschiedung besagten Gesetzes über die Fiskalsolvenz hat die Regierung kraft Dekret Nr. 339 vom 18. April (Amtsblatt vom 24. April) den Konjunkturfonds reglementiert. Das hätte ordnungsgemäss im jetzigen Haushaltsgesetz geschehen sollen, das mehrere Monate nach dem Solvenzgesetz erlassen worden ist, wurde aber unterlassen.

Das Dekret billigt die Reglementierung des Konjunkturfonds, der im Paragraphen 9 des Solvenzgesetzes vorgeschrieben ist. Künftig muss die Staatsbuchhaltung im Schatzsekretariat monatlich die Hälfte der Erlöse aus Privatisierungen und Konzessionen staatlicher Unternehmen an private Firmen einem neuen Konto in der Zentralbank zuführen. Die ZB (Präsident Pedro Pou) empfiehlt die Anlage der Fonds dem Schatzsekretariat (Mario Vicens) und dem Finanzsekretariat (Daniel Marx), die die ZB anweisen, wie die Gelder anzulegen sind. Die ZB führt Buch über das Konto, das auch durch Zinserträge, Provisionen, Spesen und Aufwertungen gespeist bzw. belastet werden wird.

Der Konjunkturfonds soll bis 3% des BIP wachsen, was wiederum jährlich geschätzt wird. Gegenwärtig wird es mit knapp $ 300 Mrd. bemessen, so dass 3% $ 9,0 Mrd. ausmachen. Bei zunehmendem BIP wächst die Höchstgrenze des Konjunkturfonds. Überschüssige Einnahmen werden zur Schuldentilgung eingesetzt. Die Verwendung des Fonds sowie der Überschüsse sind jeweils im Haushaltsgesetz zu billigen.

Allzuviel Gelder wird der Fonds sicherlich nicht ansammeln, weil nahezu alle Privatisierungsobjekte bereits veräussert oder in Konzession vergeben worden sind, ohne dass der Konjunkturfonds gespeist worden wäre. Da die Banco de la Nación Argentina nicht privatisiert werden darf, sich kein Käufer oder Konzessionär für die Atomkraftwerke Atucha I und II sowie Embalse interessiert, deren Privatisierung bzw. Konzessionierung per Gesetz autorisiert worden ist und niemand von einer möglichen Privatisierung der staatlichen Münzanstalt („Casa de la Moneda“) spricht, verbleiben eigentlich nur Restaktien früherer Privatisierungen in Staatshänden, die gelegentlich veräussert werden sollen, sowie Gebühren aus Konzessionen wie die Post und die Flughäfen. Die Erlöse dürften unter $ 1,0 Mrd. liegen, von denen die Hälfte künftig den Konjunkturfonds speisen wird. Das wird freilich den Kohl der nächsten Rezession nicht fett machen und bestenfalls nur die schlimmsten Auswüchse mildern.

Die Begründungen des Dekrets besagen, dass die ZB bei der Verwaltung des Konjunkturfonds wie mit den eigenen Währungsreserven umgehen muss. Das heisst im Klartext, dass die Gelder in ausländischen Titeln, lies US-Treasuries wie die Währungsreserven der ZB, angelegt werden müssen. Sie stehen dadurch dem Schatzamt nicht zur Verfügung, sollten die Gelder des Fonds in Neuemissionen argentinischer Bonds investiert werden. Insofern verstärkt der in US-Treasuries angelegte Konjunkturfonds die Währungsreserven der Zentralbank, ebenso wie die Pflichtreserven der Banken, die bei der Niederlassung der Deutschen Bank in New York in US-Federal Funds zinsbringend angelegt werden. Die argentinische Solvenz wird indirekt durch den Konjunkturfonds verbessert. Im Fall einer Rezession, die nach einigen Jahren stets eintritt, besonders solange Argentinien hoch verschuldet ist, kann getrost auf den Konjunkturfonds gezogen werden, ohne die Solvenz des Schatzamtes zu beeinträchtigen.

Die schwere Krise der Yerba Mate

Die Landwirte der Pampa-Gegend sprechen von Krise, gelangen jedoch dieses Jahr auf eine Ernte von über 60 Mio. t Getreide und Ölsaat, gegen nur 54 Mio. t im Vorjahr, bei 10 bis 15% höheren Preisen. Es wird die zweithöchste Ernte der Geschichte sein, die etwa 50% über den Normalernten der 80er Jahre liegt. Inzwischen besteht bei der Yerba Mate eine Krise von einer Tiefe, wie sie laut den betroffenen Landwirten noch nie eingetreten war. Die Zeitung „La Nación“ berichtet über folgende Preisentwicklung:

	Grüne Blätter	Getrocknete und gemahlene Yerba
	(in Centavos pro Kilogramm)	
Anfang 1992	19	68
2 .Halbjahr 1997	10	45
1 .Quartal 2000	2 bis 5	28 bis 33

Als Ursache für diesen Preisverfall wird die Deregulierung angesehen, die 1991 verfügt wurde und zu neuen Plantagen geführt hat, die dann nach einigen Jahren zu einem starken Überangebot führten. Der Import aus Paraguay und Brasilien hat auch eine Rolle gespielt, war aber nicht massgebend. Die Landwirte und Industrieunternehmen der Branche beklagen sich auch über den Druck, den die Supermärkte auf die Preise der verpackten Yerba Mate ausüben, der dann nach rückwärts abgewälzt wird. Bei dieser Entwicklung geben viele Landwirte die Yerba-Produktion auf. Viele versuchen mit Steuerhinterziehungen und dem Verkauf von minderwertiger Yerba Mate über die Runden zu kommen.

In Misiones und Corrientes widmen sich etwa 17.000 Landwirte auf 190.000 ha dem Anbau von Yerba Mate, die 1999 eine Produktion von 280.000 t getrockneter Yarba Mate erzielten. Jetzt stehen sie auf Kriegsfuss und wollen keine Yerba-Blätter an die Trocknungsbetriebe liefern, um sie zur Zahlung höherer Preise zu zwingen. Das könnte sich indessen als schädlich für sie auswirken, da bei höheren Preisen eben das Endprodukt, die Yerba Mate-Pakete, aus Paraguay und Brasilien importiert würden.

Die markwirtschaftliche Lösung des Problems ist sehr hart für die Beteiligten, da sie darin besteht, dass viele aufgeben und somit das Angebot sinkt und sich der Preis dann erholt, zumindest bis zum Indifferenzpreis mit importierter Yerba Mate. Weniger schmerzhaft wäre eine Regulierung, wie sie früher bestand, bei der die Produktion kontingentiert wird, wobei sich die Landwirte auf die Einhaltung eines bestimmten Preises verpflichten mussten. Das wäre jedoch ein Kartell, das gesetzlich verboten ist. Die Frage, ob derartige Kartelle zugelassen werden sollten, wenn eine starke Konzentration der Nachfrage besteht, ist gewiss ein interessantes Diskussionsthema.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%

***

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,6% auf 505,89, der Burcapindex um 2,1% auf 914,25 und **der Börsenindex um 3,4% auf 19.410,58.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis, (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,6% auf $ 0,7840.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 24.4. $ 25,41 Mrd., der Banknotenumlauf $ 13,93 Mrd. Vor einer Woche waren es 25,52 Mrd. bzw. 14,07 Mrd., vor einem Monat 24,96 Mrd. bzw. 13,56 Mrd. und vor einem Jahresdrittel $ 25,55 Mrd. bzw, 15,71 Mrd.

***

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Carlos Ruckauf hat im Provinzsenat eine Gesetzesvorlage eingebracht, die ihn ermächtigt, Verringerungen des Umfanges öffentlicher Arbeiten sowie die Verlangsamung der Durchführung und Hinausschiebung der Zahlungen bei einem Höchstzinssatz von 13% zu vereinbaren. In der Botschaft an den Kongress heisst es, der Umfang der öffentlichen Arbeiten übertreffe die im Haushalt vorgesehenen Partien. Das Defizit von $ 1,3 Mrd., das bei der gegenwärtigen Entwicklung für 2000 angepeilt wird, soll dadurch gesenkt werden, im Einklang mit der von der Nationalregierung empfohlenen Finanzpolitik für die Provinzen.

***

Die Bananenpflanzer von Formosa haben sich an die nationalen

Senatoren und Deputierten der Provinz gewendet, damit sie bei der Nationalregierung gegen die Verlängerung der Zollpräferenz für die Staaten des Andenpaktes eintreten. Im letzten Jahrzehnt seien aus Ekuador Bananen für U$S 487 Mio. mit einer Zollpräferenz von 90% eingeführt worden, was für die Landwirte der Provinzen Formosa, Salta und Jujuy, die traditionell Bananen anpflanzen, einen Umsatzverlust von U$S 350 Mio. bedeutet hätte.

***

Das Wirtschaftsministerium berichtete, dass im 1. Quartal 2000 23% der im Budget vorgesehenen Ausgaben effektiv ausgegeben wurden (von insgesamt $ 49,17 Mrd.), während die Einnahmen nur 20,34% der für ganz 2000 vorgesehenen betrugen ($ 44,73 Mrd.)

***

Siemens hat das Projekt zur Errichtung einer Fabrik in San Francisco, Córdoba, aufgegeben. Es handelte sich um ein Projekt zur Herstellung von Kabeln für Kfz. Die Nachfrage sei auf ein Drittel des notwendigen Minimums gesunken, so dass das Projekt unrentabel geworden sei.

***

Das bedeutende taiwanische Industrieholding Evergreen, das u.a. die grösste Handelsflotte der Welt besitzt, hat am Hafenkai 3 von Buenos Aires für U$S 10 Mio. ein Gelände erworben, auf dem ein Immobilienvorhaben mit Büroräumen, einem Hotel und eventuell eine Universität entstehen soll. Unter dem Namen Evergreen Laurel betreibt es Hotels in Taiwan, Bangkok und Paris. Evergreen ist in Argentinien über ihre Tochter Uniglory seit 1994 im Containerumschlag tätig. Ausserdem bietet es als Evergreen Marine Corp. Schiffsfrachtdienste zwischen Südamerika und USA.

***

Mittels Beschluss 313/2000 hat die Wirtschaftsführung per sofort und für 3 Jahre für Einfuhren von PVC-Suspension aus USA einen Mindest-FOB-Preis von U$S 512 pro t festgelegt. Für Lieferungen der mexikanischen Primex und Policyd wurden die FOB-Werte U$S 526 bzw. U$S 594 festgelegt.

***

Das Landwirtschaftssekretariaat hat für das Erntejahr 1999/00 ein Ergebnis von 62,6 Mio. t, gegen 59,6 Mio. t im Vorjahr, vorausgesagt. Die Aprilschätzung liegt um 500.000 t über jener vom März. Die erwartete Sojaernte wurde nach oben auf 20 Mio. t korrigiert, die von Mais auf 15,5 Mi. t. Das US-Landwirtschaftsdepartment rechnet auf Grund von Satellitenaufnahmen mit 21 Mio. t Sojabohnen in Argentinien.

***

Der Argentinische Hüttenverband gab für März folgende Produktionszahlen in 1.000 t bekannt: Roheisen 337,9, um 30,6% mehr als im Vormonat, um 72,7% mehr als im gleichen Vorjahresmonat; davon Gusseisen 200 (+18,6%, +33,2%) und Schwammeisen 137,9 (+53,1%, +202,7%). **Rohstahl 387,8 (+19,5%, +39,2%).** Warmwalzprodukte 318,3 (-2,9%, +4,8%); davon Profile und nahtlose Rohre 163,3 (+13,2%, +29,6%) und Bleche und Bänder einschiesslich zur kalten Weiterverarbeitung 155 (-15,6%, -12,8%). **Kaltwalzprodukte ausser der genannten 118 (+5,3%, -3,2%).**

***

Letztes Jahr wurde für Mai dieses Jahres eine Verringerung der Stromtarife im Raum Gross Buenos Aires (der von den Unternehmen Edenor, Edesur und Edelap beliefert wird) von 10% ab 1. Mai 2000 vorweggenommen. Diese offizielle Voraussage beruhte auf der Tatsache, dass im Mai die Präferenzperiode für die ehemaligen Segba-Kraftwerke (Central Puerto und Central Costanera) abläuft, die in einem garantierten Strompreis bestand, der fast doppelt so hoch wie der gegenwärtige Marktpreis ist. Dieser Faktor wird jedoch durch die starke Zunahme des Preises für Erdöl und die relativ geringe Wassermenge in den grossen Staudämmen ausgeglichen, plus die Zunahme des Indices der Konsumentenpreise der USA, so dass sich sogar eine leichte Tarifzunahme ergeben könnte.

***

Durch Dekret 342/2000 (Amtsblatt vom 25.4.2000) wurde der Treuhandfonds für Banken und Versicherungsanstalten geschaffen, der den Treuhandfonds für Bankenkapitalisierung ersetzt, der durch das Dekret 445/95 geschaffen und durch die Dekrete 568/95 und 298/97 geändert wurde. Der neue Fonds, der das verbleibende Vermögen des alten übernimmt, hat folgende Ziele: a. Kapitalbeiträge, Wandeldarlehen oder gewöhnliche Darlehen, und Garantien für Finanzanstalten und Versicherungsanstalten: b. Kauf und Verkauf von Aktien dieser Anstalten; Kauf von Aktiven dieser Anstalten. c. Verkauf dieser Aktiven; d. Transferenz von Aktiven im Auftrag der ZB. Der Fonds verfügt über die Mittel seines Vorgängerfonds, eventuelle Kredite multinationaler Finanzanstalten u.a. Der Fonds wird von einem Komitee geleitete, das vom Wirtschaftsminister ernannt wird.

***

Dem Kfz-Herstellerverband Adefa zufolge wurden im März 31.451 Kfz zugelassen, um 1,2% weniger als im Vormonat. Im 1. Quartal wurden 108.452 Neuwagen verkauft, um 3,57% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Ford lieferte im Bezugsquartal 17.775 Kfz und war mit 16,38% Markterster, vor VW mit 15.998 und 14,75% Marktanteil, Renault 15.903 und 14,65% Fiat 15.351 und 14,15%. Es folgen Sevel mit 12.783, Peugeot 12.225 plus 558 Citroën, Toyota 4.751, davon 3.733 Nfz und Mercedes Benz 3.634, ungefähr zu gleichen Teilen Pkw und Lkw.

***

J.M. de la Sota, Gouverneur von Córdoba, erklärte, die Schulden seiner Provinz mit Privatbanken zu 11,5% Jahreszinsen umstrukturiert zu haben. Córdoba wurde dem staatlichen Umschuldungsprogramm für notleidende Provinzen nicht eingegliedert. Während de la Sota behauptet, seine Verrigerung der Provinzsteuern habe die Einnahmen durch die Belebung der Wirtschaft erhöht, veröffentlichte das Unterstaatssekretariat für Steuerpolitik Zahlen, nach denen die Steuereinnahmen der Provinz ohne das Moratorium im Januar um 16,9% und im Februar um 6,9% zurückgegangen sind.

***

Die Weltbanktochter Internationale Finanzkörperschaft (IFC) wird mit 14%, die Banco de la Nación mit 9,3%, der Newbridge Investmentfonds mit 7,5%, die US-Investmentfonds Farallon mit 5,6%, Whipporwill und Oak Tree mit je 4,7% und Unternehmen wie Cargill u.A. werden ab Mitte Juni die neuen Inhaber des Textil- und Schuhwerkunternehmens Alpargatas. Die Gläubiger erhalten für ihre Forderungen von rd. U$S 500 Mio. Aktien für 93% der Firma. Mit 6.000 Mitarbeitern und U$S 240 Mio. Jahresumsatz zählt Alpargatas zu den Brancheersten und führt Marken wie Topper, Pampero und Converse.

***

Die korrigierten vorläufigen Angaben des Statistikamtes Indec weisen für März eine Zunahme der Indutrieproduktion um 4,1% und nicht um 3,8% aus. Gegenüber dem Vormonat legte die Fertigung saisonbereinigt um 3,1% zu, ohne Saisonbereinigung um 15,6%. Damit ergibt der EMI-Index (estimador industrial mensual) für das 1. Quartal 3,2% Zunahme.

***

Die Märzumsätze der Shoppings im Raum Gross Buenos Aires waren im Vorjahresvergleich um 2,5% geringer und im Vormonatsvergleich um 10,8% grösser. Das Statistikamt Indec verzeichnete im März Verkäufe für U$S 133,9 Mio. und errechnete für das 1. Quartal im Vorjahresvergleich um 0,4% mehr Gesamtumsatz, jedoch um 15,6% weniger Umsatz pro qm Verkaufsfläche.

***

Das Statistikamt gab für das 1. Quartal im Vorjahresvergleich den Rückgang der Bautätigkeit um 2,7% und für den Monat März von 5,8% bekannt. Die Umsätze von Baumaterial erreichten im selben Märzvergleich bei Zement -15,8%, Hohlziegeln -3,7% und Baustählen -12,2%. Asphalt legte 22,8% zu, Kacheln und Fliessen 9,8% und Farben für Anstriche 4,3%.

***

TBA (Trenes de Buenos Aires) gab für einige der Strecken der von ihr betriebenen Mitre- und Sarmientobahnen Verbilligungen der 15-Tage- und Monatskarten um 5% bzw. 10% ab 1.5. bekannt. Ausserdem können die Karten statt wie bisher nur zwischen dem 1. und 10. jeden Monates an jedem Tag für 15 Tage bzw. 1 Monat erworben werden. TBA verkauft derzeit rd. 50.000 dieser Abonnements pro Monat und will diese Menge in den nächsten Monaten um 20% erhöhen.

***

Nach Angabe der Gewerkschaften, die die 10% Belegschaftsaktien und einen Vorstandssitz von Aerolíneas Argentinas halten, hat die Fluggesellschaft im 1. Quartal 2000 U$S 72 Mio. Verlust erwirtschaftet. Für das ganze Jahr rechnen sie mit U$S 230 Mio. Verlust. Gewerkschafter A. Basteiro erklärte, dass im Quartal im Vorjahresvergleich der Umsatz um 10% zurückging, der Treibstoff um 70% mehr kostete und die Finanzierungskosten um 82% gestiegen seien. Aerolíneas besitzt ein Nettovermögen von U$S 70 Mio. und schuldet U$S 850 Mio., wodurch sie technisch pleite ist. In Spanien soll ein Rettungsplan für das Unternehmen ausgearbeitet werden.

***

Die 1. Generalversammlung des Pérez Companc Holding unter diesem Namen beschloss, das Schwergewicht auf Petrochemie zu verlegen. Die Familie Pérez Companc hält 80% der Stimmrechte mit 58% der Aktien, die auch an der Wall Street notieren. Das PASA-Werk in Argentinien wird erweitert und im September läuft die mit U$S 270 Mio. in Brasilien errichtete Polistyrolfabrik an, mit der das Holding Markterster im Mercosur werden will. Auch das Genelba-Wärmekraftwerk in der Provinz Buenos Aires wird ausgebaut.

***

In den letzten 5 Wochen sind wichtige Notierungen an der Börse von Buenos Aires um 15% bis 30% zurückgegangen. Gegenüber den Spitzenwerten im Februar um 30% bis 45%. Pérez Companc büsste 44% ein, Telecom 41%, Telefónica 29%, Banco Francés 25% und YPF 23%.

***

Die Grundbucheintragungen in Buenos Aires Stadt haben im März im Vorjahresvergleich um 8,4% auf 5.468 Wohnungen zugenommen, wie der Notarverband bekanntgab. Der eingetragene Betrag lag mit $ 409 Mio. um 7,9% über März 99.

***

Die zu gleichen Teilen der spanischen FCC (Fomento de Construcciones y Contratos) und der französischen Vivendi gehörenden Proactiva Medio Ambient erhielte den Zuschlag der Wasserver- und -entsorgung für 30 Jahre in 3 Bezirken der Provinz Catamarca. Die Konzession fordert Investitionen für U$S 38 Mio., davon U$S 12 Mio. in den ersten 5 Jahren, und die jährliche Zahlung von U$S 250.000 plus 12,5% der Einnahmen.

***

Die 75 wichtigsten Supermarktketten verzeichneten im März im Vorjahresvergleich 1,7% Umsatzrückgang bei einem mengenmässig um 4,6% grösserem Absatz. Es wurde für $ 1,22 Mrd. verkauft, um 12,2% mehr als im Vormonat. Im Vorjahresvergleich des 1. Quartals ging der Umsatz um 2,3% zurück, der Absatz zu konstanten Preisen legte 3,2% zu.

***

Im April, dem 1. kompletten Monat mit dem neuen System für Kontosperrungen, wurden 2.302 Fälle mit mindestens 5 Ausgaben ungedeckter Schecks gemeldet. Das sind um 82% weniger als im Vormonat und um 68% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Bei Namenskonten betrugen die Rückgänge 83% bzw. 69%, bei Firmenkonten 76% bzw. 53%.

***

Die Fleischausfuhren nahmen 1999 mengenmässig um 13% zu, allerdings zu geringeren Preisen. Für 332.287 t gingen U$S 623 Mio. ein, gegen 292.716 t für U$S 640 Mio. im Jahr 1998. Hauptkonkurrent war Brasilien.

***

Im 1. Quartal legten die Ausfuhren von Molkereiprodukten im Vorjahresvergleich mengenmässig 46,7% und wertmässig 21,8% zu. Es wurden 59.949 t für U$S 93,5 Mio. ausgeführt. Hauptabnehmer war Brasilien mit 44.238 t für U$S 67 Mio., mengenmässig um 59,42% und wertmässig um 31,49% mehr als im 1. Vorjahresquartal.

***

Das Staatssekretariat für Verbraucherschutz fordert von den privaten Krankenkassen dass sie jedes Jahresdrittel die geforderten Beiträge bekanntgeben. Auch muss ihm die Zahl der Sanatorien, Laboratorien, Ärzte usw. mitgeteilt werden. Das Sekretariat wird die Angaben veröffentlichen, um mehr Transparenz zu schaffen.

***

Die Liste 2 gewann die Wahlen für den Rat der Börse von Buenos Aires mit 1.039 gegen 679 Stimmen. Damit wurde derselbe Rat wiedergewählt.

***

Präsident de la Rúa erklärte, das „Trabajar“ Arbeitsbeschaffungsprogramm würde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erweitert werden. Er zweifle, dass die Mittel, die die von der PJ-Fraktion eingebrachte Erweiterungsvorlage erfordert, aufgebracht werden können.

Abschaffung der privaten Zollkontrolle ab 1. Mai

AFIP-Direktor Carlos Silvani hat die Abschaffung der privaten Zollkontrolle, die der ehemalige Wirtschaftsminister Roque Fernández im November 1996 eingeführt hatte, ab 1. Mai angekündigt. Kurz vorher hatte er den betroffenen Kontrollfirmen ein Chronogramm der schrittweisen Abschaffung bis Jahresende bekanntgegeben. Jetzt beschloss er es auf einmal zu machen, was jedoch auf alle Fälle bedeutet, dass das System drei Monate weiterläuft. Der angeführte Grund besteht in der Notwendigkeit, die Ausgaben der AFIP gemäss Anordnung des Wirtschaftsministers zu senken. Silvani meint, das Zollamt könne die gleiche Arbeit leisten. Er geht davon aus, dass in diesen Jahren ein „Technologietransfer“ stattgefunden hat, worunter er sich vorstellt, dass die von den privaten Kontrolleuren gesammelten Daten über Preise von Importprodukten in eine Datenbank gespeichert wurden und jetzt vom Zollamt direkt verwendet werden. Was er offensichtlich nicht begriffen hat, ist das eine derartige Datenbank bestenfalls statisch ist, wobei die Preise jedoch eine starke Dynamik haben und sich ständig verändern. Da laut Normen der WHO und des Zollkooperationsamtes von Brüssel bei Importen der Fakturawert gilt, und bei Beanstandung das Zollamt beweisen muss, dass der angegebene Preis falsch ist, ist es in der Praxis schwierig die Richtigkeit eines Preises zu ermitteln. Einmal bestehen starke Marktschwankungen, dann werden oft Produkte, die Überschüsse darstellen, zu niedrigen Preisen verkauft, dann werden oft Produkte zu niedrigen Preisen angeboten, um ein Produkt einzuführen und dann gibt es Qualitäts- und Modelländerungen. Das Zollamt ist hier einfach überfordert, abgesehen davon, dass es in diesem Amt eine phänomenale Korruption gibt.

Auch meint Silvani, dass das Informatiksystem „María“ gut funktioniert, was keineswegs der Fall ist. Es handelt sich um ein veraltetes System aus den 70er Jahren, das nicht einmal Internet verwendet und im Grunde ein primitives Buchungssystem darstellt. Das System führt keinerlei Analysen durch und dient auch nicht dazu, dem Wirtschaftsnminister u.a. hohen Beamten täglich die Zahlen über den Aussenhandel, bei gleichzeitig verschiedenartiger Klassifikation, zu liefern. Auch kann es abends leicht abgeschaltet werden, so dass dann allerlei geschieht.

Die private Kontrolle bezieht sich auf bestimmte Waren, die wertmässig um die 20% der Gesamtimporte ausmachen. Es kostet etwa US$ 50 Mio. pro Jahr und hat zusätzliche Einnahmen von etwa US$ 300 Mio. gebracht. Das private Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL hat dies in einer Studie bestätigt, die u.a. vom gegenwärtigen Verteidigungsminister Ricardo López Murphy geleitet wurde. Dabei wird nicht der „Demostrationseffekt“ berechnet, der darin besteht, dass viele Importeure sich allgemein hüten und korrektere Preise angeben. Ein Vergleich von Preisen, die bei Waren angegeben werden, die dieser Kontrolle ausgesetzt sind, mit Preisen gleicher Waren, die nicht kontrolliert werden, weil es sich um Importe unter US$ 800 handelt, ergibt, hohe Differenzen, die in einem konkreten Fall (Ledergüter) 90% überstiegen. Also, Preise von US$ 1,70 bis US$ 1,90 im einen Fall, und knapp über 10 Cents im anderen. Dies zeigt krass, dass das Zollamt überhaupt keine Kontrolle durchführt.

Das System funktioniert folgendermassen: der Importeur kann unter Firmen eine wählen, die die Kontrolle durchführt. Es handelt sich um SGS, Buro Veritas (Bivac), Inspectorate, Socotec, ITC und Surveyseed. Dann führt die Firma Inspection and Cortrol Services (ehemals Swipco) eine zweite Stichprobenkontrolle durch. Diese doppelte Kontrolle hat sich gut bewährt. Ein Kommitee, unter Leitung von Ernesto Rezk, Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Córdoba, überwacht das System. Rezk hat jetzt seinen Rücktritt eingereicht, der noch nicht angenommen wurde.

Zur gleichen Zeit, als Silvani die Abschaffung des Systems bekanntgab, hat Kabinettschef Rodolfo Terragno den mit dieser Tätigkeit betrauten Unternehmen erklärt, das System werde nicht nur beibehalten, sondern erweitert werden. Offensichtlich hat es hier einen Kurzschluss gegeben, der Konsequenzen haben dürfte.

Im Kongress wird eine Reform des Zollgesetzes („Código aduanero“) behandelt, die ebenfalls die Abschaffung der privaten Kontrolle vorsieht. Dieser Artikel wurde auf Initative eines Abgeordneten eingeführt, der der Führung der Gewerkschaft der Zollbeamten angehört, die eine kräftige Lobbytätigkeit durchführt, um das verlorene Geschäft zurück zu erhalten. Diese Leute legen falsche Studien vor, aus denen hervorgeht, dass das System dem Fiskus keine Einnahmen bringt und unnötig ist. Indessen wäre es notwendig, das System zu erweitern und zu vervollständigen, da es Mängel aufweist. Es könnte dann das vielfache an zusätzlichen Einnahmen bringen und ausserdem verhindern, dass die lokale Industrie und die seriösen Importeure dem unlauteren Wettbewerb der Schmuggler, die stark unterfakturieren, ausgesetzt sind.